

### Thema Nummer 1: Die Euro-Krise

Im Jahr 2010 wurde aus der Finanzkrise eine Staatsschuldenkrise mehrerer Euro-Länder. Besonders betroffen war Griechenland, aber auch Irland, Italien, Portugal und Spanien (PIIGS-Staaten) gerieten unter Druck. Aufgrund dieser Ereignisse wurde der Europäische Stabilisierungsmechanismus entwickelt, der im Notfall gegenseitige Hilfsmaßnahmen vorsieht und die Staatshaushalte aller Länder der Eurozone stützen und vor Spekulationen von Seiten der Finanzmärkte schützen soll.

#### Griechenland

Wegen des hohen Haushaltsdefizits und Verschuldungsgrades, die nach dem Regierungswechsel in Athen im Herbst 2009 bekannt wurden, haben die Ratingagenturen Moody's, Standard & Poor's und Fitch die Kreditwürdigkeit Griechenlands herabgestuft, das Land musste den Käufern neuer Staatsanleihen noch höhere Zinsen anbieten. Dadurch stieg die Staatsverschuldung weiter, alleine von Jänner bis Mai 2010 musste Griechenland 20 Milliarden Euro umfinanzieren. Vermehrt wurden Kreditausfallversicherungen auf griechische Staatsanleihen zu spekulativen Zwecken abgeschlossen. Am 25. März 2010 beschlossen die Länder der Euro-Zone einen Notfallplan für das vom Staatsbankrott bedrohte Griechenland. In erster Linie sollten bilaterale, freiwillige Kredite aus Ländern der Euro-Zone helfen, an zweiter Stelle Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF).

#### Irland

Im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise platzte die Immobilienblase Irlands und bereits im dritten Quartal 2007 begann eine Rezession. 2008 und 2009 brach die Wirtschaft um jeweils 8 % ein, im November 2010 bat Ministerpräsident Brian Cowen die Europäische Union und den IWF um Hilfe. Auf einem Sondertreffen der Euro-Gruppe und der EU-Finanzminister am 27./28. November in Brüssel wurde beschlossen, Irland Kredithilfen in Höhe von insgesamt 85 Milliarden Euro zu gewähren. 50 Milliarden Euro sollen zur Stützung des irischen Staatshaushaltes verwendet werden, in den die Rettung der Banken ein riesiges Loch gerissen hatte, 35 Milliarden Euro sollen zur weiteren Stabilisierung des irischen Bankensystems eingesetzt werden. Im Gegenzug für die gewährten Hilfen hatte Irland sich bereits zu einem strikten Sparkurs verpflichtet.

#### Italien

Italiens Staatsverschuldung war im Jahre 2004 mit 106 % des BIP die höchste in der EU, aktuell ist sie mit knapp unter 120 % nach der Verschuldung Griechenlands die zweithöchste im Euro-Raum. Allerdings befinden sich nur 42 % der italienischen Staatsschuld im Ausland, während die griechischen Staatsschulden zu 77 % im Ausland sind. Ende Mai 2010 wurde in Italien ein Sparpaket in Höhe von 24 Milliarden Euro beschlossen. Damit sollen der Staatshaushalt saniert und das Defizit bis 2012 unter die Grenze von 3 % gesenkt werden.

#### Portugal

Die Ratingagentur Fitch hat die langfristige Kreditwürdigkeit von Portugal am 24. März 2010 von AA auf AA- herabgesetzt. Gründe dafür waren die hohe Verschuldung des Landes und die negative Prognose. Für Portugal wurde die Kreditaufnahme dadurch noch teurer, die Risikoaufschläge für portugiesische Staatsanleihen sind nach Griechenland die höchsten in der Euro-Zone. Nachdem die Kreditwürdigkeit Portugals auch durch Standard & Poor's herabgestuft wurde, kündigte der Finanzminister im April 2010 ein Sparpaket an. Das Haushaltsdefizit soll damit von 9,3 % im Jahr 2010 bis 2013 auf 2,8 % gesenkt werden. Die Steuern sollen erhöht, Ausgaben gekürzt, Gehälter im öffentlichen Dienst eingefroren und erst ab 2011 teilweise der Inflation angepasst werden.

### **Spanien**

Als die Europäische Zentralbank (EZB) ab Ende 2005 begann, die Euro-Leitzinsen anzuheben, zogen in Spanien die variablen Hypothekenzinsen ebenfalls an. Bedingt durch diese Erhöhungen, ein Überangebot an Immobilien und die fast zeitgleich hereinbrechende weltweite Finanzmarktkrise kollabierte der Wohnungsmarkt vollständig. Die spanische Wirtschaft geriet in eine Rezession, der Immobilien-Crash drohte die gesamte Wirtschaft zu gefährden. Im April 2008 startete die Regierung ein Programm, das für 2008 und 2009 Konjunkturimpulse von rund 18 Milliarden Euro vorsah, Ende November 2008 wurde ein neuerliches Paket von 11 Milliarden Euro aufgelegt. Diese staatlichen Investitionen führten zu einer enormen Vergrößerung des Haushaltsdefizits und die Regierung musste mehr als 220 Milliarden Euro aufnehmen. Die EU-Kommission leitete daher ein Defizitverfahren gegen Spanien ein. Im Jänner und Mai 2010 legte die Regierung in Madrid strenge Sparpakete für die kommenden Jahre vor, im Juni lehnte Spanien es ab, vom EU-Notfallplan Finanzmittel anzunehmen.

### **Europäischer Stabilisierungsmechanismus**

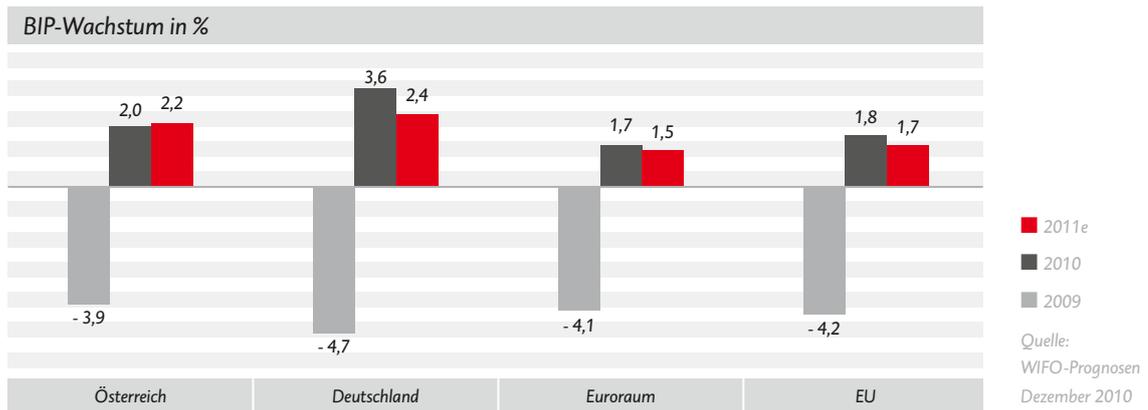
In einer Sondersitzung des Europäischen Rates im Mai 2010 wurden Maßnahmen zur Verteidigung des Euro gegen die Spekulation an den Finanzmärkten beschlossen. Es wurde ein „Stabilisierungsmechanismus“ entwickelt, mit dem die Staaten der Euro-Zone die südeuropäischen Staatshaushalte stützen wollen. Am 16. Dezember haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU darauf geeinigt, einen dauerhaften Euro-Krisenmechanismus im Vertrag über die Arbeitsweise der EU („AEU-Vertrag“) zu verankern. Weiters wurde vorgeschlagen, den Erwerb von Kreditausfallversicherungen nur noch zur Absicherung tatsächlich gewährter Kredite zuzulassen und eine unabhängige europäische Ratingagentur zu gründen.

### **Ankäufe von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank**

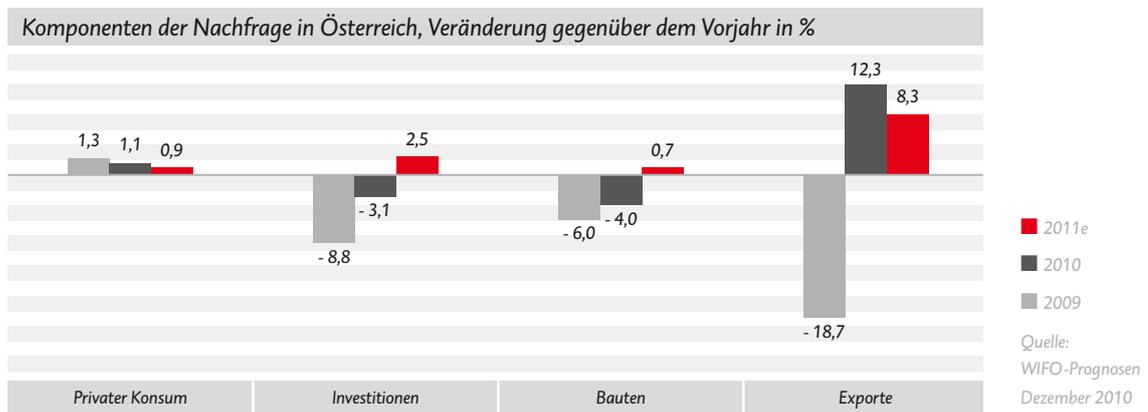
Parallel zur Einrichtung des Stabilisierungsmechanismus begann die EZB mit dem Ankauf von Staatsanleihen hoch verschuldeter Euro-Staaten und brach dabei mit dem Grundprinzip, niemals Staatsanleihen aus Mitgliedstaaten zu kaufen. Artikel 123 des AEU-Vertrages, der die Finanzierung der Haushalte von EU-Mitgliedern, direkte Zentralbankkredite und den unmittelbaren Erwerb von Schuldtiteln durch die EZB verbietet, wurde dadurch umgangen, dass spanische, portugiesische und griechische Staatsanleihen von der EZB nicht direkt von den Emittenten übernommen, sondern auf dem Sekundärmarkt erworben wurden. Bis Ende Mai 2010 hatte die EZB für rund 40 Milliarden Euro Staatsanleihen aus Spanien, Portugal, Irland und Griechenland aufgekauft.

### Weltwirtschaft zeigt sich deutlich erholt

Trotz der Turbulenzen rund um das Thema Staatsschulden erholte sich die Konjunktur rascher als erwartet. Die Weltwirtschaft wuchs 2010 um 4,5 % nach einem Rückgang um 0,6 % im Jahr 2009. Erfreulich war das Wachstum in Japan mit 3,6 %, in der EU ragte Deutschland mit ebenfalls 3,6 % Wachstum heraus. Die US-Wirtschaft legte etwas weniger stark um 2,7 % zu. China blieb mit einem BIP-Anstieg von 10,5 % auf einem stabilen Wachstumskurs. Auch die mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten profitierten von der starken Entwicklung in Deutschland und der Exportnachfrage aus den BRIC-Staaten, ihre Wirtschaftsleistung wuchs somit um durchschnittlich 1,9 %.



Österreichs Wirtschaft verzeichnete 2010 einen Wachstumsanstieg, der mit 2,0 % etwas stärker als der Durchschnittswert des Euroraumes (+ 1,7 %) war. Vor allem die Exporte als traditioneller Wachstumsmotor zeigten sich stark verbessert, sie stiegen um 12,3 % nach einem Rückgang um 18,7 % im Jahr zuvor. Die Investitionen der Unternehmen gingen um rund 3 % nochmals leicht zurück. Weiterhin robust zeigte sich der private Konsum mit einem leichten Zuwachs von 1,1 %.



### Stabiles Wachstum auch in 2011

In Österreich rechnen die Prognoseinstitute für 2011 mit einem BIP-Wachstum von 2,1 % (IHS) bzw. 2,2 % (WIFO), damit sollte sich die Entwicklung wieder etwas fester zeigen als jene des Euroraumes. Getragen wird das Wachstum in erster Linie von den Exporten, die mit einem Zuwachs um 8,3 % wieder überdurchschnittlich stark zunehmen sollen. Bei den Investitionen wird eine neuerlich positive Entwicklung in Höhe von 2,5 % erwartet. Auf dem Arbeitsmarkt werden sich die Folgen der Konjunkturerholung erst zeitverzögert bemerkbar machen. Nach einer Arbeitslosenquote von 4,8 % im Jahr 2009 und 4,5 % in 2010 wird die Arbeitslosigkeit in 2011, wenn die Wirtschaft bereits wieder auf einem Wachstumspfad ist, fast unverändert bei 4,4 % verharren. Auch für das Folgejahr ist kein deutlicher Rückgang zu erwarten.

Die Inflationsrate, die 2010 bei 1,8 % lag, wird im Zuge der Konjunkturerholung zulegen, mit 2,1 % im Jahr 2011 aber weiter in der von der EZB gewünschten Bandbreite liegen.

Auch in den drei großen Wirtschaftsräumen wird für 2011 mit einer stabil wachsenden Wirtschaftsleistung gerechnet: in den USA um 2,2 %, im Euroraum um 1,5 % und in Japan um 1,6 %. Die mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländer dürften sich laut Prognosen mit einem Wachstum um 2,6 % etwas besser als der Durchschnitt entwickeln.

### Weiterhin niedrige Leitzinsen in Europa und den USA

Die US-amerikanische Notenbank FED ließ die Leitzinsen 2010 unverändert in der Spanne von 0,00 % bis 0,25 %, auf die sie bereits am 16. Dezember 2008 gesenkt worden sind. Auch die EZB setzte 2010 keine Zinsschritte, die Leitzinsen liegen seit 7. Mai 2009 bei 1,00 %, dem niedrigsten Wert seit Einführung des Euro.

Entwicklung der Leitzinsen	USD		EUR	
	1.1. – 31.12.	0,00 % – 0,25 %	1.1. – 31.12.	1,00 %

### Geld- und Kapitalmarktzinsen zeigen Verunsicherung der Märkte und das schwindende Vertrauen in den Euro

Der 3-Monats-Euribor lag im Jänner 2010 mit 0,68 % um 0,43 %-Punkte höher als der 3-Monats-USD-Libor. Ab Juni stieg der Euribor aber deutlich an, bis zu einem Wert von 1,02 % im Dezember-Durchschnitt. Der USD-Libor ging hingegen ab Juni konstant zurück, bis auf 0,30 % im Dezember. Somit lag der Euribor zum Jahresende 2010 um 0,72 %-Punkte über dem USD-Libor, der Abstand hat sich deutlich vergrößert.

Ähnlich war die Entwicklung beim 10-Jahres-SWAP. Lag der Euro-SWAP zu Jahresbeginn noch um 0,33 %-Punkte unter dem USD-SWAP (3,48 % zu 3,81 %), verringerte sich der Abstand bis Dezember 2010 auf 0,05 %-Punkte (Euro 3,31 %, USD 3,36 %).

Die Zinsstrukturkurve, die die Differenz von lang- und kurzfristigen Zinsen ausweist, wurde 2010 aufgrund der insgesamt rückläufigen langfristigen Sätze etwas flacher.

### Währungsentwicklungen 2010

Die Entwicklung an den internationalen Devisenmärkten war 2010 von der EU-Staatsschuldenkrise und der daraus resultierenden Verunsicherung geprägt. Anfang 2010, vor Bekanntwerden der griechischen Schuldenproblematik, lag der EUR/USD-Kurs bei 1,43. Auf dem Höhepunkt der Staatsschuldenkrise sank der Kurs bis Juni auf 1,22. Nach der Einigung auf das Euro-Stabilitätspaket kehrte das Vertrauen in die Gemeinschaftswährung langsam zurück, bis Oktober stieg der Euro wieder auf 1,39 USD an. Im Jahresdurchschnitt lag der Kurs bei 1,33, also aus Euro-Sicht leicht unter dem Wert des Vorjahres (1,39).

## Konzernlagebericht

### Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Entwicklung zum japanischen Yen war ebenfalls von der Verunsicherung bezüglich des Euro geprägt, aber auch von der 2010 deutlich stärkeren Konjunkturerholung in Japan. Nach einem EUR/JPY-Kurs von 130,2 im Jänner 2010 legte der Yen bis Dezember auf 110,31 zu, der Durchschnittskurs lag 2010 somit bei 116,46 nach 130,33 im Jahr davor.

Trotz der engen Verflechtung der Schweizer Wirtschaft mit jener der EU zeigte sich 2010, dass die Anleger den Schweizer Franken nach wie vor als „sicheren Hafen“ sehen. Der EUR/CHF-Kurs ging von 1,48 zu Jahresbeginn bis Dezember auf 1,28 zurück, der Jahresdurchschnitt betrug 1,38 (nach 1,51 im Jahr 2009).

Die tschechische Krone und der ungarische Forint blieben gegenüber dem Euro 2010 relativ stabil. Die Krone stieg von Jänner bis Dezember von 26,29 auf 25,36 leicht an, der Forint ging von 269 auf 279 geringfügig zurück.

Für 2011 erwartet das Management der Oberbank AG einen gegenüber dem US-Dollar weiterhin schwächeren Euro, für Ende 2011 wird mit einem Kurs von 1,25 – 1,30 gerechnet. Auch gegenüber dem Franken und dem Yen wird der Euro auf niedrigerem Niveau gesehen. Die tschechische Krone und der ungarische Forint sollten 2011 gegenüber dem Euro weitgehend stabil bleiben.

#### **Klare Erholung an den Börsen**

Die Entwicklung an den internationalen Börsen war schon 2009 von einer Erholung der Kurse gekennzeichnet, 2010 konnten die wichtigsten Indizes weiter zulegen. Die Vorjahreswerte wurden im Jahresdurchschnitt klar übertroffen.

Index	Jänner 2010	Dezember 2010	Ø 2010	Ø 2010/Ø 2009
Dow Jones (USA)	10.471	11.448	10.661	+ 20,1 %
S&P 500 (USA)	1.124	1.239	1.139	+ 20,3 %
Euro Stoxx 50 (Europa)	2.923	2.827	2.780	+ 10,3 %
TOPIX (Japan)	936	894	886	+ 2,0 %
DAX (Deutschland)	5.863	6.996	6.188	+ 23,3 %
ATX (Österreich)	2.604	2.828	2.556	+ 20,0 %

#### **Rückläufiges Zwischenbankgeschäft führt zu Rückgang der Bilanzsumme**

Die Bilanzsumme der österreichischen Kreditinstitute erreichte zum Ende des dritten Quartals 2010 insgesamt 987,5 Mrd. Euro und wies damit im Vergleich zum Jahresultimo 2009 einen Rückgang um 4,5 % auf. Für diese Entwicklung war in erster Linie das Zwischenbankgeschäft im In- und Ausland verantwortlich.

Die Gesamteinlagen bei Österreichs Banken stiegen gegenüber Ende 2009 um 2,7 % auf 286,7 Mrd. Euro leicht an, in den einzelnen Einlagekategorien war jedoch eine sehr unterschiedliche Entwicklung zu beobachten. Die Sichteinlagen wuchsen um 9,7 % auf 95,3 Mrd. Euro deutlich an, ebenso die Termineinlagen um 6,8 % auf 35,6 Mrd. Euro. Der Rückgang der Spareinlagen (mit 54 % aller Einlagen weiterhin die bedeutendste Sparform in Österreich) um 2,0 % auf 155,9 Mrd. Euro führte schließlich zu dem insgesamt nur leichten Anstieg der Einlagen.

Die Direktkredite an inländische Nichtbanken beliefen sich zum 30. September 2010 auf 309,0 Mrd. Euro, damit ist dieser Wert in den ersten drei Quartalen um 2,2 % gestiegen. Die Eurokredite stiegen um 1,4 % auf 253,5 Mrd. Euro, die Fremdwährungskredite um 6,0 % auf 55,4 Mrd. Euro. Der Anteil der Fremdwährungskredite an allen Krediten erhöhte sich damit von 17,3 % auf 17,9 %.

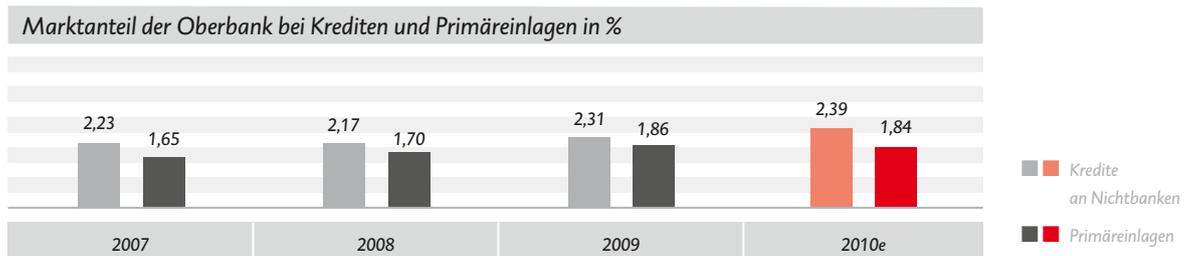
Die anrechenbaren Eigenmittel aller österreichischen Banken betragen per Ende September 2010 insgesamt 88,0 Mrd. Euro, was einem Rückgang in den ersten drei Quartalen um 5,3 Mrd. Euro bzw. 5,6 % entspricht. Von den gesamten Eigenmitteln entfielen 68,4 Mrd. Euro auf das Kernkapital, um 5,1 % weniger als Ende 2009. Die Eigenmittelquote ging gegenüber dem Jahresultimo 2009 um 1,0 %-Punkte auf 17,68 % zurück.

Das gemeinsame Betriebsergebnis der österreichischen Banken stieg vom dritten Quartal 2009 zum dritten Quartal 2010 um 17,0 % auf 5,7 Mrd. Euro an. Getragen wurde das Ergebniswachstum in erster Linie vom um 4,8 % auf 6,9 Mrd. Euro gestiegenen Nettozinsenertrag und der Erhöhung der Provisionserträge um 7,9 % auf 2,9 Mrd. Euro. Das Ergebnis aus Finanzgeschäften verbesserte sich um 73,6 %, ist aber mit 0,6 Mrd. Euro insgesamt von untergeordneter Bedeutung. Die Betriebsaufwendungen stiegen um 1,3 % auf 7,0 Mrd. Euro.

Für das Gesamtjahr 2010 erwarteten die österreichischen Banken per Ende September 2010 einen Anstieg des Betriebsergebnisses um 7,0 % auf 7,2 Mrd. Euro und des Jahresüberschusses nach Steuern auf 3,1 Mrd. Euro nach einer schwarzen Null beim Jahresüberschuss 2009.

**Oberbank: Bessere Entwicklung als der Gesamtmarkt**

Das auf den Grundsätzen der Sicherheit, Stabilität und Nachhaltigkeit aufbauende Geschäftsmodell, die tiefe Verankerung in allen Märkten, die besondere Kundennähe und das ungebrochene Vertrauen der Kunden haben dazu geführt, dass sich die Oberbank auch im besonders herausfordernden Jahr 2010 sehr gut entwickelt hat. Die Primäreinlagen, die die Kunden der Oberbank anvertrauten, sind im Vergleich zu 2009 um 2,0 % auf 11,1 Mrd. Euro angestiegen. Damit konnte die Oberbank ihrem Finanzierungsauftrag weiterhin nachkommen und ihre Kunden mit Finanzierungen von 10,4 Mrd. Euro versorgen, das bedeutet einen Anstieg um 6,2 % gegenüber 2009. Die von den Unternehmen oft beklagte „Kreditklemme“ gibt es daher bei den Kunden der Oberbank nicht.



Aufgrund des besonderen Vertrauens der Kunden und der Investoren konnte die Oberbank 2010 auch ihre Eigenmittel- und Kernkapitalausstattung deutlich stärken. Mit einer Eigenmittelquote von 16,69 % (nach 15,39 % in 2009) und einer Kernkapitalquote von 10,50 % (nach 9,58 % in 2009) verfügt die Oberbank über eine äußerst hohe Risikotragungsfähigkeit und über die Mittel, ihr organisches Wachstum aus eigener Kraft ungebrochen fortzusetzen.

## Konzernlagebericht

### Allgemeine Angaben zur Berichterstattung

Ein Konzernabschluss nach den Bestimmungen der International Financial Reporting Standards (IFRS) wurde erstmals für das Jahr 2005 und die Folgejahre veröffentlicht. Dieser nach international anerkannten Grundsätzen aufgestellte Konzernabschluss ersetzt gemäß § 59a BWG und § 245a UGB den Konzernabschluss nach österreichischem Recht. Der Konzernlagebericht wurde nach internationalen Rechnungslegungsstandards erstellt.

#### **Konsolidierungskreis der Oberbank**

Der Konsolidierungskreis umfasst im Jahr 2010 neben der Oberbank AG 22 inländische und 19 ausländische Tochterunternehmen. Der Kreis der einbezogenen verbundenen Unternehmen hat sich im Geschäftsjahr nicht verändert.

Die ALPENLÄNDISCHE GARANTIE-GESELLSCHAFT m.b.H. wurde quotal im Konzernabschluss berücksichtigt. Neben der Drei-Banken Versicherungs-Aktiengesellschaft, der BKS Bank AG und der Bank für Tirol und Vorarlberg Aktiengesellschaft wurde auch die voestalpine AG nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen. Nicht konsolidiert wurden 26 Tochterunternehmen und 23 assoziierte Unternehmen, deren Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in Summe von untergeordneter Bedeutung ist.

#### **Gliederung der Segmente**

Die Ausrichtung der Segmentberichterstattung der Oberbank folgt der internen Verantwortungsstruktur in der Kundenbetreuung und definiert die Segmente Firmenkunden, Privatkunden, Financial Markets und Sonstiges. Nähere Details finden sich im Segmentbericht ab Seite 70 dieses Geschäftsberichtes.

## Konzernlagebericht

### Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage

#### Ergebnisentwicklung

Die Oberbank kann für das Geschäftsjahr 2010 eine ausgezeichnete Ertragslage ausweisen. Das Betriebsergebnis stieg um 19,4 % auf 218,3 Mio. Euro an. Der Jahresüberschuss vor Steuern wuchs trotz der weiterhin besonders vorsichtigen Vorsorgepolitik um 24,4 % auf 114,5 Mio. Euro, der Jahresüberschuss nach Steuern um 27,2 % auf 98,4 Mio. Euro.

Konzern-Gewinn- und Verlust-Rechnung nach IFRS in Mio. €	2010	Veränderung	2009	2008
Zinsergebnis	318,9	21,5 %	262,4	300,7
Risikovorsorgen im Kreditgeschäft	- 103,8	14,4 %	- 90,7	- 67,8
Provisionsergebnis	101,2	14,3 %	88,6	97,8
Handelsergebnis	6,5	- 42,5 %	11,3	7,7
Verwaltungsaufwand	- 220,7	6,0 %	- 208,2	- 199,8
Sonstiger betrieblicher Erfolg	12,4	- 56,8 %	28,8	- 24,6
<b>Jahresüberschuss vor Steuern</b>	<b>114,5</b>	<b>24,4 %</b>	<b>92,0</b>	<b>114,0</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 16,1	9,6 %	- 14,7	- 8,5
<b>Jahresüberschuss nach Steuern</b>	<b>98,4</b>	<b>27,2 %</b>	<b>77,3</b>	<b>105,5</b>
davon den Anteilseignern des Mutterunternehmens zuzurechnen	98,4	27,2 %	77,3	105,0
davon den Minderheitsgesellschaftern zuzurechnen	0,0	- 35,1 %	0,0	0,5

#### Zinsergebnis

Das Zinsergebnis erhöhte sich im Geschäftsjahr 2010 um 21,5 % auf 318,9 Mio. Euro. Diese Entwicklung ist auf das um 10,5 % auf 275,4 Mio. Euro gestiegene Ergebnis aus dem Kreditgeschäft und den um mehr als 100 % auf 43,5 Mio. Euro gewachsenen Ergebnisbeitrag der Equity-Beteiligungen zurückzuführen.

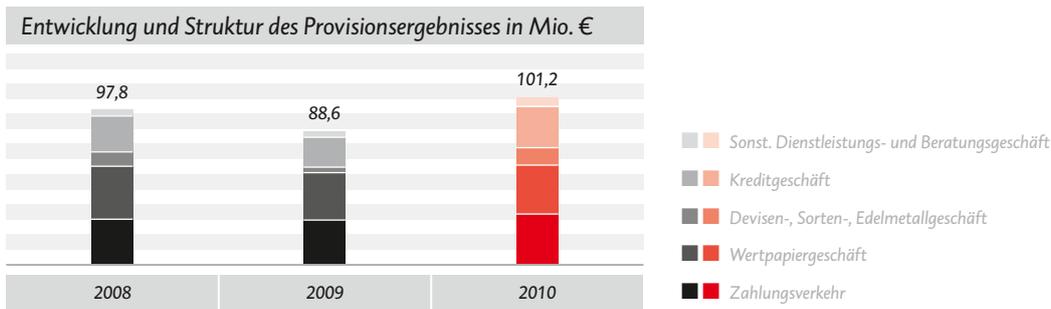
#### Risikovorsorgen im Kreditgeschäft

Im Rahmen der Kreditrisikogebahrung wurde für alle erkennbaren Risiken ausreichend Vorsorge getroffen. Neben den Einzelrisiken besteht auch eine Portfoliowertberichtigung gemäß IAS 39. Zudem wurden Garantieprovisionen an die ALPENLÄNDISCHE GARANTIE-GESELLSCHAFT, die gemeinsame Gesellschaft der 3 Banken Gruppe für Großkreditrisiken, geleistet. Inklusiv der Forderungsabschreibungen errechnet sich für das Geschäftsjahr 2010 eine Kreditrisikogebahrung in der Höhe von 103,8 Mio. Euro nach 90,7 Mio. Euro im Vorjahr. Diese Entwicklung löste einen Anstieg der Wertberichtigungsquote von 0,92 % auf 0,99 % aus. Die hohen Risikovorsorgen stellen sicher, dass die Oberbank ausreichend gegen Kreditrisiken abgesichert ist.

### Provisionsergebnis

#### Erholung im Wertpapiergeschäft prägt Provisionsgeschäft

Das Provisionsergebnis stieg im Geschäftsjahr 2010 um 14,3 % auf 101,2 Mio. Euro an. Besonders erfreulich ist die Trendumkehr im Wertpapiergeschäft, wo die Provisionen um 16,5 % auf 33,4 Mio. Euro stiegen und damit annähernd das ausgezeichnete Niveau des Jahres 2008 erreichten. Aber auch im Zahlungsverkehr, im Kreditgeschäft, im Handel mit Devisen, Sorten und Edelmetallen sowie im sonstigen Dienstleistungs- und Beratungsgeschäft konnten die Provisionserträge deutlich gesteigert werden.



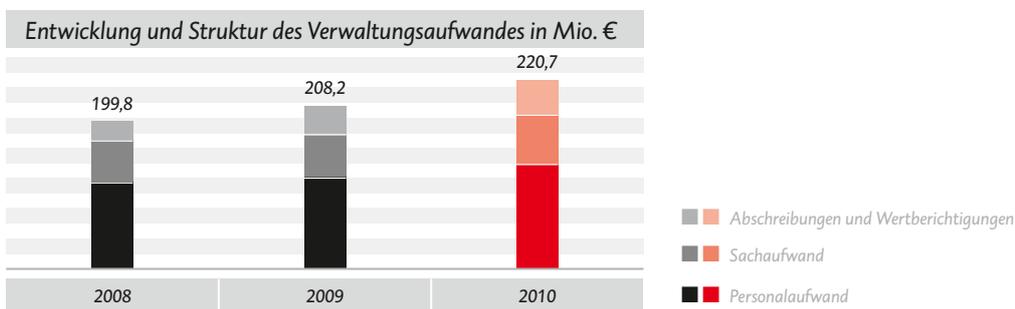
### Handelsergebnis

Das Handelsergebnis umfasst das Ergebnis des Wertpapierhandelsbuches, der Derivate des Handelsbuches sowie jenes aus dem Handel mit Devisen, Valuten und Edelmetallen. Im Geschäftsjahr 2010 war das Handelsergebnis in Summe um 42,5 % auf 6,5 Mio. Euro rückläufig. Einem leichten Anstieg der Gewinne im Devisenbereich stehen Rückgänge im Wertpapier- und Derivatebereich gegenüber.

### Verwaltungsaufwendungen

#### Starke Expansion prägt Aufwandsentwicklung

Aufgrund der ungebrochenen Expansion und der Gründung von elf Filialen stiegen die Verwaltungsaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um 6,0 % auf 220,7 Mio. Euro an. Die Personalaufwendungen stiegen um 5,3 % auf 126,2 Mio. Euro an, die Sachaufwendungen um 6,5 % auf 70,2 Mio. Euro. Vorwiegend bedingt durch höhere Abschreibungen im Leasing-Teilkonzern (Erhöhung der Sachanlagen im Operate Leasing) nahmen die Abschreibungsaufwendungen um 8,3 % auf 24,3 Mio. Euro zu. Die Kosten-Ertrags-Relation war 2010 mit 50,28 % um 2,98 %-Punkte besser als im Jahr zuvor.

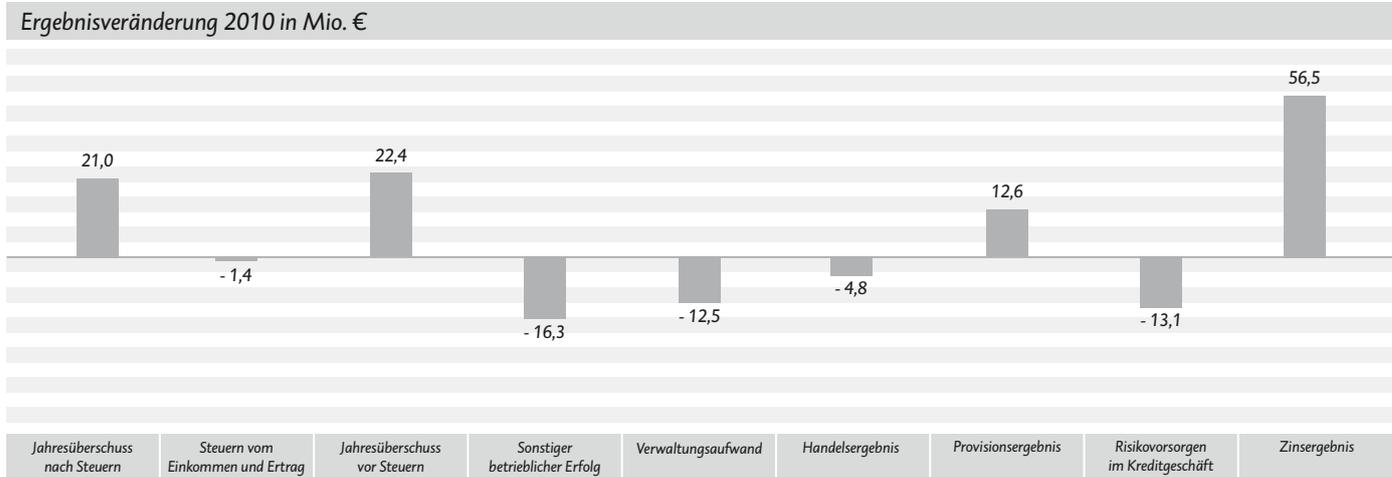


**Ausgezeichnete Ertragslage trotz vorsichtiger Vorsorgepolitik**

**Betriebsergebnis + 19,4 %, Überschuss vor Steuern + 24,4 %, nach Steuern + 27,2 %**

Das Betriebsergebnis – die Summe aus Zinsergebnis, Provisionsergebnis, Handelsergebnis und dem sonstigen betrieblichen Erfolg abzüglich der Verwaltungsaufwendungen – konnte 2010 um 19,4 % auf 218,3 Mio. Euro gesteigert werden. Nach Berücksichtigung der Risikovorsorgen im Kreditgeschäft wird im Vergleich zum Vorjahr ein um 24,4 % höherer Jahresüberschuss vor Steuern von 114,5 Mio. Euro ausgewiesen. Die Steuern vom Einkommen und Ertrag waren mit 16,1 Mio. Euro um 9,6 % höher als im Vorjahr. Daraus resultiert in Summe ein Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 98,4 Mio. Euro, womit der Vorjahreswert um 27,2 % übertroffen wurde. Es bestehen Fremdanteile am Jahresüberschuss von 29.436,75 Euro, damit beträgt der Konzernjahresüberschuss im Oberbank-Konzern 98,3 Mio. Euro (+ 27,2 %).

Die Anzahl der ausgegebenen Aktien der Oberbank AG beträgt 28.783.125 Stück. Das Ergebnis je Aktie betrug im Berichtsjahr 3,43 Euro nach 2,83 Euro im Jahr davor.



**Gewinnverteilungsvorschlag**

Der verteilungsfähige Gewinn wird anhand des Jahresabschlusses der Muttergesellschaft des Konzerns, der Oberbank AG, festgestellt. Der erwirtschaftete Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2010 betrug auf Ebene der Oberbank AG insgesamt 81,5 Mio. Euro. Nach Rücklagendotation von 67,1 Mio. Euro und nach Zurechnung des Gewinnvortrages von 0,1 Mio. Euro ergibt sich ein verwendungsfähiger Bilanzgewinn von 14,5 Mio. Euro. Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Hauptversammlung wird vorgeschlagen, auf das Grundkapital von 86,3 Mio. Euro eine Dividende in Höhe von 0,50 Euro je anspruchsberechtigter Aktie auszuschütten. Die Ausschüttung ergibt daher bei 28.783.125 Stück Aktien einen Betrag von 14.391.562,50 Euro. Weiters schlägt der Vorstand vor, den verbleibenden Rest von 83.596,88 Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

### Analyse wichtiger Steuerungskennzahlen

Unternehmenskennzahlen nach IFRS	2010	2009	2008
Betriebsergebnisquote	1,33 %	1,16 %	1,22 %
Return on Equity vor Steuern (Eigenkapitalrendite)	10,57 %	9,86 %	12,83 %
Return on Equity nach Steuern	9,08 %	8,28 %	11,82 %
Cost-Income-Ratio (Kosten/Ertrag-Koeffizient)	50,28 %	53,26 %	52,36 %
Risk-Earning-Ratio (Kreditrisiko/Zinsergebnis)	32,55 %	34,58 %	22,54 %
Eigenmittelquote	16,69 %	15,39 %	12,90 %
Kernkapitalquote	10,50 %	9,58 %	8,27 %
IFRS-Ergebnis pro Aktie in €	3,43	2,83	3,91

Die Betriebsergebnisquote – sie misst den Anteil des operativen Betriebsergebnisses an der durchschnittlichen Bilanzsumme – stieg im Jahr 2010 von 1,16 % um 0,17 %-Punkte auf 1,33 % an, womit ein Spitzenwert unter den österreichischen Banken ausgewiesen wird.

Aufgrund des deutlich gestiegenen Jahresüberschusses erhöhte sich der Return on Equity (RoE) vor Steuern gegenüber dem Jahr 2009 von 9,86 % auf 10,57 %, der RoE nach Steuern von 8,28 % auf 9,08 %. Das IFRS-Ergebnis pro Aktie stieg aus dem gleichen Grund von 2,83 Euro im Jahr 2009 auf 3,43 Euro deutlich an.

Die Cost-Income-Ratio lag im Jahr 2010 mit 50,28 % weiterhin ausgezeichnet und klar besser als der österreichische Bankendurchschnitt. Die Risk-Earning-Ratio ging trotz der vorsichtigen Vorsorgepolitik und weiterhin hoher Risikovorsorgen von 34,58 % auf 32,55 % zurück. Die für die Beurteilung der Bankenbonität besonders wichtige Eigenmittelquote stieg von 15,39 % auf 16,69 %, die Kernkapitalquote von 9,58 % auf 10,50 %.

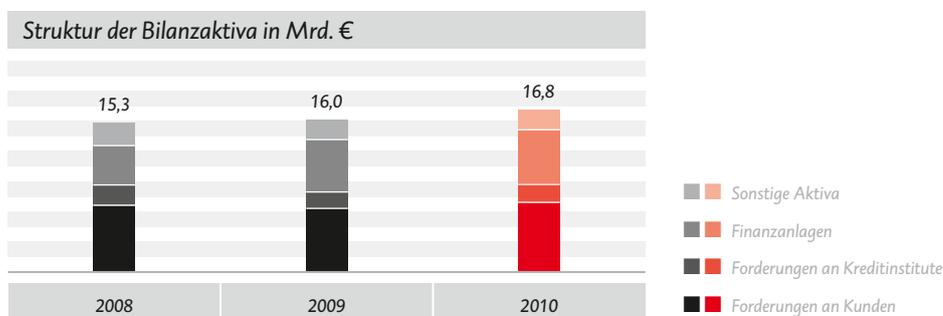
## Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme des Oberbank-Konzerns hat sich per Jahresende 2010 im Vergleich zum Stichtag des Vorjahres um 4,6 % auf 16.768,4 Mio. Euro erhöht. Nachstehend werden die wichtigsten Positionen untergliedert nach Bilanzaktiva und -passiva erörtert.

### Bilanzaktiva

#### Deutlicher Anstieg der Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kreditinstitute gingen 2010 um 11,3 % auf 1.856,0 Mio. Euro zurück, womit ihr Anteil an den Bilanzaktiva von 13,1 % auf 11,1 % sank. Die Forderungen an Kunden konnten um 6,2 % auf 10.442,3 Mio. Euro gesteigert werden. Während die Forderungen gegenüber inländischen Kunden auf 6.490,4 Mio. Euro um 3,9 % zulegten, erhöhten sich jene gegenüber Auslandskunden expansionsbedingt um 10,1 % auf 3.951,9 Mio. Euro. Eine Aufteilung des Zuwachses nach Kundenkreisen weist einen Anstieg bei den Privatkrediten um 82,8 Mio. Euro und eine Steigerung um 523,0 Mio. Euro bei den Firmenkrediten aus.



Der Anstieg der Risikovorsorgen um 25,5 % auf 312,6 Mio. Euro ergibt sich als Saldo der Zuweisungen und Auflösungen der Einzelwertberichtigung und aus den Portfoliowertberichtigungen gemäß IAS 39.

Die Finanzanlagen stiegen 2010 um 10,6 % auf 3.959,5 Mio. Euro deutlich an. Dieses Volumen verteilt sich wie folgt auf die Teilpositionen: Vermögenswerte At Fair Value 336,2 Mio. Euro, Vermögenswerte Available for Sale 752,3 Mio. Euro, Vermögenswerte Held to Maturity 2.406,5 Mio. Euro sowie Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen 464,5 Mio. Euro.

In den übrigen Aktiva werden die Barreserve, die Handelsaktiva, das immaterielle Anlagevermögen, die Sachanlagen und die sonstigen Aktiva zusammengefasst. Die Handelsaktiva gingen um 9,6 % auf 45,5 Mio. Euro zurück, das immaterielle Anlagevermögen um 33,9 % auf 6,2 Mio. Euro.

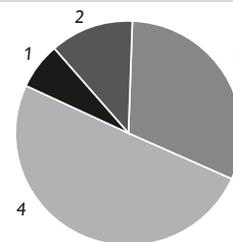
Die Sachanlagen blieben mit 221,1 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr praktisch unverändert, ebenso die Position sonstige Aktiva mit 323,4 Mio. Euro (darin enthalten sind Vermögensgegenstände wie positive Marktwerte von Derivaten im Bankbuch, Anzahlungen auf sowie für noch nicht in Kraft gesetzte Leasingverträge, sonstige Forderungen der Leasingunternehmen sowie latente Steuerforderungen und Rechnungsabgrenzungsposten).

### Bilanzpassiva

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wuchsen im Jahr 2010 um 10,6 % auf 3.833,2 Mio. Euro. Die Primärmittel konnten in Summe um 2,0 % auf 11.135,3 Mio. Euro gesteigert werden. Die darin inkludierten Verbindlichkeiten gegenüber Kunden legten um 0,3 % auf 8.902,8 Mio. Euro nur leicht zu, weil die Kunden aufgrund der besseren Entwicklung an den Börsen ihre Vermögenswerte wieder vermehrt in Wertpapiere umschichteten. Der Spareinlagenstand nahm um 1,4 % auf 3.447,2 Mio. Euro zu, die sonstigen Verbindlichkeiten gingen um 0,4 % auf 5.455,6 Mio. Euro leicht zurück. Verstärkt nachgefragt wurden hingegen verbriefte Verbindlichkeiten, die um 13,6 % auf 1.486,4 Mio. Euro erhöht werden konnten. Die Bilanzposition Nachrangkapital nahm um 1,9 % auf 746,2 Mio. Euro zu. Die deutliche Steigerung des Eigenkapitals um 12,1 % auf 1.160,9 Mio. Euro erklärt sich vor allem durch die aufgrund der ausgezeichneten Ertragslage mögliche hohe Dotierung der Rücklagen und die klar höheren Ergebnisbeiträge der Equity-Beteiligungen.

#### Struktur des Primärmittelaufkommens in %

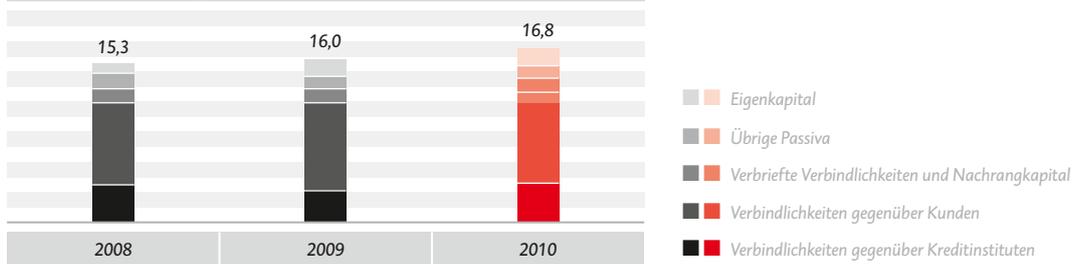
Nachrangkapital <sup>1</sup>	6,7 %
Verbriefte Verbindlichkeiten <sup>2</sup>	13,3 %
Spareinlagen <sup>3</sup>	31,0 %
Sicht- und Termineinlagen <sup>4</sup>	49,0 %



In den übrigen Passiva werden die Rückstellungen und die sonstigen Passiva ausgewiesen. Die Rückstellungen stiegen in Summe um 4,3 % auf 378,4 Mio. Euro. Sie setzen sich hauptsächlich aus den Abfertigungs- und Pensionsrückstellungen (207,4 Mio. Euro) und den Rückstellungen für das Kreditgeschäft (119,2 Mio. Euro) zusammen.

Die sonstigen Passiva stiegen um 4,2 % auf 260,5 Mio. Euro. In dieser Position sind negative Marktwerte von Derivaten im Bankbuch, sonstige kurzfristige Rückstellungen, sonstige Verbindlichkeiten des Leasing-Teilkonzerns sowie Rechnungsabgrenzungsposten erfasst.

#### Struktur der Bilanzpassiva in Mrd. €



Refinanzierungsstruktur in Mio. €	2010	Veränderung	2009	2008
Spareinlagen	3.447,2	1,4 %	3.399,2	3.301,9
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5.455,6	- 0,4 %	5.477,0	4.817,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.486,4	13,6 %	1.308,1	1.218,3
Nachrangkapital	746,2	1,9 %	732,1	679,1
<b>Primäreinlagen inkl. Nachrangkapital</b>	<b>11.135,3</b>	<b>2,0 %</b>	<b>10.916,4</b>	<b>10.016,7</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.833,2	10,6 %	3.466,5	3.707,9
<b>Summe</b>	<b>14.968,5</b>	<b>4,1 %</b>	<b>14.382,9</b>	<b>13.724,6</b>

## Konzernlagebericht

### Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage

#### Eigenkapitalentwicklung

Das bilanzielle Eigenkapital des Oberbank-Konzerns stieg im Geschäftsjahr 2010 um 12,1 % auf 1.160,9 Mio. Euro deutlich an. Das Grundkapital blieb mit 86,3 Mio. Euro im Vergleich zum Jahresultimo 2009 unverändert.

Die Eigenmittel gemäß §§ 23 und 24 BWG betragen zum 31. Dezember 2010 1.635,1 Mio. Euro gegenüber 1.534,3 Mio. Euro zum Stichtag des Vorjahres. Die Überdeckung der erforderlichen Eigenmittel gemäß § 22 Abs. 1 BWG von 845,3 Mio. Euro betrug demnach 789,8 Mio. Euro und liegt damit um 8,69 %-Punkte über dem gesetzlichen Erfordernis von 8 %. Die Eigenmittelquote 2010 stieg damit einhergehend von 15,39 % auf 16,69 %, die Kernkapitalquote von 9,58 % auf 10,50 %.

Bilanzielles Eigenkapital in Mio. €	2010	Veränderung	2009	2008
Grundkapital	86,3	0,1 %	86,2	81,1
Kapitalrücklagen	194,6	0,1 %	194,5	140,8
Gewinnrücklagen	852,8	17,4 %	726,5	642,7
Unversteuerte Rücklagen	23,9	- 4,6 %	25,1	26,3
Passive Unterschiedsbeträge	1,9	–	1,9	1,9
Anteile im Fremdbesitz	1,4	2,6 %	1,4	1,3
<b>Bilanzielles Eigenkapital</b>	<b>1.160,9</b>	<b>12,1 %</b>	<b>1.035,6</b>	<b>894,1</b>
Eigenmittel gemäß §§ 23 und 24 BWG	1.635,1	6,6 %	1.534,3	1.286,1
hievon Kernkapital (Tier I)	1.028,7	7,7 %	955,4	824,7
Eigenmittelerfordernis	845,3	- 1,1 %	854,8	849,6
Eigenmittelquote in %	16,69	1,30 %-P.	15,39	12,90
hievon Kernkapitalquote in %	10,50	0,92 %-P.	9,58	8,27
Überdeckung Eigenmittelquote in %-Punkten	8,69	1,30 %-P.	7,39	4,90
Bemessungsgrundlage der Eigenmittel	9.795,8	- 1,8 %	9.970,5	9.970,2

### **Deutlich bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

Im Jahr 2010 hat die Konjunktur in Europa deutlich an Fahrt gewonnen, diese Entwicklung wird sich 2011 mit einem Wachstum von 1,6 % fortsetzen. Zu erwarten ist allerdings ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“: Konjunkturmotor wird vor allem Deutschland mit einem Wachstum von 2,2 % sein, die anderen EU-Staaten (vor allem die PIIGS-Staaten Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien) bleiben deutlich zurück.

Konjunkturtreiber sind in ganz Europa die Exporte, vor allem wegen der Nachfrage der Schwellenländer. Damit wird sich auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen beleben. Der Konsum bleibt wegen der hohen Arbeitslosigkeit und der Einkommensentwicklung gedämpft.

Die Probleme in Europa werden auch 2011 eindeutig bei den Staaten liegen: Die Budgetdefizite werden das zentrale Thema bleiben, die Diskussion über Rettungsschirme und Mechanismen zur Schuldenbewältigung wird 2011 eher zu- als abnehmen. In diesem Umfeld ist ein starker Euro schwer vorstellbar. Daher könnte der US-Dollar im Vergleich zum Euro steigen: Nicht, weil die USA ihre Probleme gelöst haben, sondern weil der Kapitalmarkt über das uneinige Europa besorgt ist. Für 2011 erwartet die Oberbank einen EUR/USD-Kurs unter 1,30, der auch bis zu 1,25 gehen kann.

Bei den Zinsen werden keine großen Bewegungen erwartet, vor allem die kurzfristigen Sätze dürften auf niedrigem Niveau bleiben. Die Oberbank rechnet bei den 3-Monats-Zinsen im Durchschnitt 2011 mit einem Wert um 1 % nach 0,8 % im Durchschnitt 2010. An den Börsen ist weiterhin mit hohen Volatilitäten zu rechnen.

### **Wachstum in Österreich etwas höher als EU-Durchschnitt**

Für Österreich wird 2011 ein Wirtschaftswachstum von 2,0 % erwartet. Diese Entwicklung schlägt allmählich auf die Investitionen durch, sie werden 2011 um 2,1 % wachsen (Ausrüstungsinvestitionen + 3,5 %, Bauinvestitionen +/- 0 %). Die Exportwirtschaft wird von der regen Auslandsnachfrage profitieren: Das Exportwachstum ist zwar etwas niedriger als zuletzt, mit 7,5 % aber trotzdem ein wesentlicher Motor des Wachstums.

Der private Konsum wird mit 1,2 % etwas stärker als 2010 (+ 1,0 %) steigen. Der Rückgang der Sparquote der vergangenen Jahre wird sich stabilisieren, sie wird, wie schon 2010, bei 10 % liegen.

Die Inflationsrate wird mit 1,8 % weiter unproblematisch sein, die Arbeitslosigkeit könnte stärker zurückgehen als es der Wirtschaftslage entspricht.

Insgesamt geht die Oberbank davon aus, dass das wirtschaftliche Umfeld für Österreichs Unternehmen klar besser als im abgelaufenen Jahr sein wird. Der stabile private Konsum, die Exportwirtschaft und die mittelfristig weiterhin niedrige Inflation sind Faktoren, die die Konjunktur stützen werden.

### ***Geschäftliche Schwerpunkte der Oberbank***

Im Firmenkundengeschäft erwartet das Management aufgrund der starken Exporttätigkeit eine verstärkte Nachfrage nach Exportfinanzierungen und eine höhere Dynamik im Dokumenten- und Garantiegeschäft. Die Erholung der Investitionstätigkeit wird zu einem stärkeren Bedarf an Investitionsfinanzierungen führen. In beiden Bereichen wird die Oberbank auf ihre bewährten Stärken bei geförderten Finanzierungen setzen.

Im Privatkundengeschäft wird die Einlagengewinnung weiterhin die Basis einer starken Liquiditäts- und Refinanzierungssituation sein. Bei den Privatfinanzierungen rechnet das Management aufgrund der verbesserten konjunkturellen Aussichten und des nach wie vor günstigen Zinsniveaus mit einer höheren Nachfrage. Besonders im Kernkompetenzbereich Wohnbaufinanzierung sieht die Oberbank ein hohes Potenzial, da Wohnraumschaffung und Sanierung weiterhin besonders aktuelle Themen sind.

Im Segment Financial Markets erwartet der Vorstand wieder höhere Erträge aus den Equity-Beteiligungen. Im Bereich der Handelstätigkeit und im Eigengeschäft wird der konservative Weg der Oberbank fortgesetzt.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass aufgrund der verbesserten Konjunkturerholung die Forderungen an Kunden 2011 etwa gleich stark wie im abgelaufenen Jahr steigen werden. Bei den Kundeneinlagen wird ein etwas stärkeres Wachstum als zuletzt erwartet: 2010 war deutlich die Umschichtung von Mitteln vom Sparbuch in Wertpapierinvestments zu beobachten, dieser Trend dürfte 2011 wesentlich schwächer werden.

Mit der Gründung von acht Filialen setzt die Oberbank ihre Expansion weiter fort und wird Ende 2011 voraussichtlich auf 151 Filialen kommen. In Wien sind vier Filialen geplant, in Bayern und der Slowakei jeweils zwei.

### ***Ergebnisentwicklung im Geschäftsjahr 2011***

Das Zinsgeschäft wird auch 2011 eine tragende Säule der Ertragsentwicklung sein. Beim Zinsergebnis aus dem Kreditgeschäft erwartet die Oberbank einen weiteren leichten Anstieg gegenüber 2010, bei den Ergebnisbeiträgen aus den Equity-Beteiligungen wird von einem deutlicheren Anstieg ausgegangen. Im Dienstleistungsgeschäft rechnet das Management, in erster Linie aufgrund der weiter verbesserten Situation im Wertpapierbereich, mit einem spürbaren Ergebnisanstieg.

Die Betriebsaufwendungen werden in Summe gegenüber dem Vorjahr moderat ansteigen. Beim Personal- und Sachaufwand erwartet die Oberbank aufgrund der starken Expansion eine Steigerung, die Abschreibungen werden nahezu unverändert bleiben.

Die schon in den vergangenen Quartalen spürbare Entspannung beim Kreditrisiko wird 2011 zu einem geringeren Vorsorgebedarf führen.

Aufgrund der Unsicherheit bezüglich des Ausmaßes der Konjunkturerholung ist eine exakte Ergebniseinschätzung für das Jahr 2011 kaum möglich. Der Vorstand strebt aber an, sowohl im operativen Geschäft als auch beim Jahresüberschuss vor und nach Steuern das herausragende Ergebnis des Jahres 2010 zu wiederholen. Damit wird es auch im Geschäftsjahr 2011 möglich sein, im Wege der Rücklagendotation die Eigenmittel zu stärken und der Hauptversammlung einen attraktiven Dividendenvorschlag zu unterbreiten.

#### **Organisation des Risikomanagements**

Das Risikomanagement ist in der Oberbank integraler Bestandteil der Geschäftspolitik, der strategischen Zielplanung sowie des operativen Managements bzw. Controllings. Die zentrale Verantwortung für das Risikomanagement liegt beim Gesamtvorstand der Oberbank AG. Für jedes wesentliche Risiko des Oberbank-Konzerns gibt es definierte Steuerungsverantwortlichkeiten sowie zugewiesene Risikodeckungsmassen (Limits) oder definierte Steuerungsprozesse.

Die Zusammenführung der einzelnen Risikoarten auf ein Gesamtbankrisiko erfolgt durch das im Haus installierte Aktiv-Passiv-Management-Komitee (APM-Komitee). Das für den Bereich Risikomanagement zuständige Vorstandsmitglied leitet dieses Komitee.

#### **Risikocontrolling**

Das Risikocontrolling der Abteilung Rechnungswesen und Controlling erfüllt die Funktion der im Bankwesengesetz (§ 39 Abs. 2 BWG) geforderten zentralen und unabhängigen Risikokontrolleinheit. Es misst, analysiert, überwacht und berichtet alle wesentlichen Risiken der Oberbank. Das Reporting erfolgt an den Vorstand, das APM-Komitee sowie an die betroffenen Abteilungsleiter bzw. Mitarbeiter.

#### **Internes Kontrollsystem**

Das interne Kontrollsystem (IKS) der Oberbank ist ein über Jahre entwickeltes System von Kontrollmaßnahmen, es umfasst alle Prozesse der Bank und wird ständig weiterentwickelt. Die Prozesse und Verfahren sind in Arbeitsanweisungen bzw. Ablaufbeschreibungen dokumentiert und beinhalten wesentliche Kontrollgrundsätze; u.a. Funktionstrennung, 4-Augen-Prinzip, Unterschriften- und Kompetenzregelungen sowie EDV-Berechtigungssysteme.

Die Abteilung Interne Revision der Oberbank AG als unabhängige Überwachungsinstanz prüft das interne Kontrollsystem. Abgeprüft werden die Wirksamkeit und Angemessenheit der gesamten Bankprozesse und des Risikomanagements sowie die Einhaltung der Arbeitsanweisungen.

#### **Gesamtbankrisikosteuerung und Risikotragfähigkeitsrechnung**

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an ein qualitatives Risikomanagement, die sich aus dem ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) ergeben, werden in der Oberbank mittels der bereits seit Jahren im Einsatz befindlichen Risikotragfähigkeitsrechnung abgedeckt. Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung werden für das Kreditrisiko, das Beteiligungsrisiko, das Marktrisiko im Handelsbuch, das Marktrisiko im Bankbuch und die operativen Risiken Risikolimits abgeleitet. Darüber hinaus gibt es in der Oberbank noch wesentliche Risiken, die über Prozesse und Limits gesteuert werden, denen aber keine Risikodeckungsmassen zugeordnet sind. Für die sonstigen, nicht wesentlichen Risiken (Geschäfts-, Rechts-, Reputationsrisiken sowie strategische und sonstige Risiken) wird durch einen Risikopuffer vorgesorgt.

#### **Internes Rating und Bonitätsbeurteilung**

Der Vergabe von Krediten liegt eine Bonitätseinschätzung des Kunden zugrunde. Diese erfolgt durch mit statistischen Methoden weiterentwickelte Ratingverfahren, die seit Anfang 2009 im Einsatz sind und die den Anforderungen des Basel-II-IRB-Ansatzes entsprechen. Beurteilt werden quantitative (Hard Facts) und qualitative Kriterien (Soft Facts, Warnindikatoren), die zusammengeführt ein objektives und zukunftsorientiertes Bild der Bonität eines Kunden ergeben. Die Ratingverfahren werden jährlich validiert. Die resultierenden Erkenntnisse werden laufend zur Weiterentwicklung und Verfeinerung der Ratingverfahren verwendet.

## Konzernlagebericht

### Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

#### **Gesamtrisikomanagement**

Die gezielte Übernahme von Risiken stellt ein wesentliches Merkmal des Bankgeschäftes dar und ist die Basis für eine nachhaltig stabile Geschäfts- und Ergebnisentwicklung im Oberbank-Konzern. Die Oberbank AG ist für die Festlegung, Umsetzung, das Risikomanagement und das Risikocontrolling der zentral festgelegten Risikostrategie im Oberbank-Konzern zuständig. Der Vorstand und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter handeln nach den risikopolitischen Grundsätzen und treffen ihre Entscheidungen unter Einhaltung dieser Leitlinien.

#### **Kreditrisiko**

Das Kreditrisiko aus Forderungen an Banken, Länder sowie Privat- und Firmenkunden stellt die wesentlichste Risikokomponente im Oberbank-Konzern dar. Für das Management des Kreditrisikos ist die Abteilung Kredit-Management zuständig, die vom Vertrieb getrennt ist, sodass die Risikobewertung und -entscheidung in jeder Phase des Kreditprozesses bis auf Vorstandsebene gewährleistet ist.

Die Strategie im Kreditgeschäft ist getragen vom Regionalitätsprinzip (d.h. Sitz der Kreditkunden in den durch das Filialnetz abgedeckten Regionen) unter Bedachtnahme auf das dem Kreditrisiko im Zuge der Allokation der Risikodeckungsmassen zugeordnete Limit. In Österreich und Bayern liegt der Fokus vorwiegend auf der Finanzierung der Industrie und des wirtschaftlichen Mittelstandes, in Tschechien, der Slowakei und Ungarn vor allem auf Klein- und Mittelbetrieben. Die operativen Risikoziele werden im Zuge der Budgetierung und im Anlassfall nach Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation sowie der aktuellen Entwicklung von der Geschäftsleitung gemeinsam mit der Leitung Kredit-Management festgelegt.

#### **Marktrisiko**

Unter Marktrisiko wird der potenziell mögliche Verlust aus Wertschwankungen aufgrund von Marktpreisänderungen (durch sich ändernde Zinssätze, Devisenkurse oder Aktien- und Warenpreise) verstanden. Die Oberbank genehmigt, misst, überwacht und steuert Zins- und Aktien- sowie Fremdwährungskursrisiken durch den Einsatz unterschiedlicher Limits, die im Rahmen der Gesamtbank-Risikosteuerung zugeordnet werden.

Das Management der Marktrisiken ist in der Oberbank auf zwei Kompetenzträger aufgeteilt, die diese im Rahmen der ihnen zugewiesenen Limits steuern.

Die Abteilung Global Financial Markets ist zuständig für die Steuerung der Marktrisiken der Handelsbuchpositionen, des Zinsänderungsrisikos im Geldhandelsbuch sowie des Devisenkursrisikos des gesamten Oberbank-Konzerns. Die Berechnung des Risikos erfolgt auf Basis eines analytischen Value-at-Risk-Modells (Varianz-Kovarianz-Modell). Die Volatilitäten und Korrelationen werden von einem externen Spezialisten täglich zur Verfügung gestellt. Die Value-at-Risk-Berechnung erfolgt auf Basis eines Konfidenzniveaus von 99 % und einer Haltedauer von zehn Tagen. Die Errechnung der Value-at-Risk-Werte, die Limitkontrolle und das Reporting über die Risiko- und Ertragslage an Vorstand und Abteilung Global Financial Markets erfolgen täglich in der Abteilung Rechnungswesen und Controlling.

Das APM-Komitee ist für die Steuerung des Zinsänderungsrisikos der langfristigen Euro-Positionen (Zinsbindungen > 12 Monate) sowie für die strategischen Aktien- und Fondspositionen im Bankbuch zuständig. Das APM-Komitee tritt monatlich zusammen. Mitglieder des Komitees sind der Gesamtvorstand sowie Vertreter der Abteilungen Global Financial Markets, Rechnungswesen und Controlling, Private Banking & Asset Management, Kredit-Management, Corporate & International Finance, Sekretariat, Interne Revision und Organisationsentwicklung, Strategie- und Prozessmanagement.

## Konzernlagebericht

### Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

#### Operationelles Risiko

Unter dem Begriff operationelle Risiken sind Risikoarten zusammengefasst, die vorrangig den Betriebsbereich der Bank betreffen. Die Möglichkeit des Eintritts von Verlusten kann infolge unvorhersehbarer Ereignisse entstehen, im Wesentlichen Betriebsunterbrechungen, menschliche oder technische Fehler, menschliches Versagen bzw. Kontrollschwächen oder höhere Gewalt. Das Management der operationellen Risiken (Fehlerrisiko, Betrugsrisiko, Rechtsrisiko, EDV-System-Ausfallrisiko und Elementarrisiken) liegt in der Verantwortung sämtlicher Abteilungen und regionalen Geschäftseinheiten der Bank.

In der Oberbank ist ein Gremium für das Management der operationellen Risiken installiert. Dieses Gremium steuert den Managementprozess der operationellen Risiken und ist für seine Weiterentwicklung bzw. für die Adaptierung entsprechender Methoden verantwortlich. Zur Absicherung von im Rahmen von Risikoanalysen festgestellten existenzgefährdenden Großrisiken wurden konkrete Maßnahmen getroffen (Versicherungen, Notfallkonzepte EDV, Ersatzrechenzentrum). Es gibt weiters einen elektronischen Einmeldeprozess für die Erfassung von schlagend gewordenen operationellen Risiken mit einer entsprechenden, im internen Informationssystem jedem Mitarbeiter zugänglichen Arbeitsanweisung.

#### Liquiditätsrisiko

Als Liquiditätsrisiko im engeren Sinn (Zahlungsunfähigkeitsrisiko) gilt die Gefahr, dass die Bank ihren gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr vollständig oder nicht fristgerecht nachkommen kann. Weiters besteht das Risiko, zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktzinsen beschaffen zu können (Refinanzierungsrisiko). Primäre Zielsetzung des Liquiditätsmanagements ist daher die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit und die Optimierung der Refinanzierungsstruktur in Bezug auf Risiko und Ergebnis. Schon seit jeher besteht in der Oberbank der Grundsatz, mit den Primärmitteln der Kunden und den Fördermitteln der Oesterreichischen Kontrollbank alle Kredite refinanzieren zu können. Dieser Grundsatz ist unverändert gültig. Darüber hinaus hat die Oberbank ein großzügiges Polster (Liquiditätspuffer) an freiem Refinanzierungspotenzial in Form von refinanzierungsfähigen Wertpapieren und Kreditforderungen bei den Zentralbanken sowie an ungenutzten Bankenlinien.

Die Abteilung Global Financial Markets ist für das tägliche Liquiditätsmanagement zuständig und hat die Verantwortung für die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Vorschriften. Die Abteilung Rechnungswesen und Controlling erstellt für das tägliche Liquiditätsmanagement in der Abteilung Global Financial Markets sowie den Risikovorstand eine Liquiditätsablaufbilanz für die nächsten 30 Tage inklusive dem vorhandenen Liquiditätspuffer als Limit. Die Steuerung der langfristigen bzw. strategischen Liquidität der Oberbank liegt in der Zuständigkeit des Vorstandes und des APM-Komitees. Das Reporting erfolgt durch die Abteilung Rechnungswesen und Controlling. Für extreme Marktverhältnisse ist ein Notfallplan definiert.

***Grundkapital, Aktienstückelung und genehmigtes Kapital***

Das Grundkapital der Oberbank AG beträgt 86.349.375 Euro zum 31. Dezember 2010 und ist unterteilt in 25.783.125 auf den Inhaber lautende Stamm-Stückaktien und in 3.000.000 auf den Inhaber lautende Vorzugs-Stückaktien ohne Stimmrecht mit einer nachzuzahlenden Mindestdividende von 6 % vom anteiligen Grundkapital.

***Aktienrückkauf***

Der Vorstand der Oberbank AG wurde von der Hauptversammlung ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels zu erwerben, wobei 5 % des Grundkapitals die Grenze des möglichen Handelsbestandes bilden. Eigene Aktien bis zum Ausmaß von 5 % des Grundkapitals können auch zur Weitergabe an Mitarbeiter des Oberbank-Konzerns erworben werden. Eigene Aktien bis zum Ausmaß von 10 % des Grundkapitals können zweckneutral erworben werden.

***Syndikatsvereinbarung und Aktien mit besonderen Kontrollrechten***

Zwischen der Bank für Tirol und Vorarlberg Aktiengesellschaft, der BKS Bank AG und der Wüstenrot Wohnungswirtschaft reg. Gen.m.b.H. besteht eine Syndikatsvereinbarung. Deren Zweck ist es, die Unabhängigkeit der Oberbank AG zu erhalten. In dieser Vereinbarung haben die Syndikatsmitglieder die gemeinsame Ausübung der Stimmrechte und gegenseitige Vorkaufsrechte beschlossen. Die Stimmrechte der von den Mitarbeitern der Oberbank gehaltenen Aktien wurden in der OBK-Mitarbeiterbildungs- und Erholungsförderung registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung syndiziert.

***Aktionärsstruktur und Mitarbeiterbeteiligung***

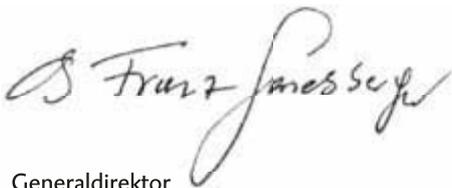
Die Bank für Tirol und Vorarlberg Aktiengesellschaft hält 17,00 % am Gesamtkapital der Oberbank AG zum Stichtag 31. Dezember 2010, die BKS Bank AG 16,95 %. Der größte Einzelaktionär ist mit 29,15 % die CABO Beteiligungsgesellschaft m.b.H., eine 100 %ige Konzerntochter der UniCredit Bank Austria. Von der Wüstenrot Wohnungswirtschaft reg. Gen.m.b.H. werden 4,62 % gehalten, von der Generali 3 Banken Holding AG 1,98 %. Der Anteil der Mitarbeiter der Oberbank beläuft sich auf 3,73 %. Die restlichen 26,57 % des Grundkapitals stehen im Streubesitz.

### Organbestellung und Kontrollwechsel

Neben den per Gesetz definierten Bestimmungen bestehen keine weiteren über die Ernennung und Abberufung des Vorstandes und Aufsichtsrates sowie über die Änderung der Satzung der Gesellschaft. Aufgrund der bestehenden Aktionärsstruktur ist es keinem der Eigentümer im Alleingang möglich, die Oberbank direkt oder indirekt zu beherrschen. Es sind keine Vereinbarungen bekannt, die bei einem akkordiert möglichen Kontrollwechsel schlagend werden würden. Zudem gibt es kein Entschädigungsabkommen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Mitarbeitern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebotes.

Linz, am 1. März 2011

Der Vorstand



Generaldirektor  
Dr. Franz Gasselsberger, MBA  
Vorsitzender



Generaldirektor-Stellvertreter  
Dr. Ludwig Andorfer



Direktor  
Mag. Dr. Josef Weißl, MBA



Direktor-Stellvertreter  
Mag. Florian Hagenauer, MBA